

Humanistische Union

Aus den Anfängen der HUMANISTISCHEN UNION

Mitteilungen Nr. 175 S. 66

Bühne wettern konnte. Und in den Schulen war es gängige Praxis, den Unterricht in der „christlichen Konfessionsschule“ mit einem Schulgebet zu beginnen.

Eine Organisation zu gründen, die nicht nur im kulturellen Bereich, sondern vor allem in den Bildungseinrichtungen eine klare Front bezog und nicht nur durch Veranstaltungen mit prominenten Rednern einen Gegenkurs propagierte, sondern auch zur Gegenwehr ermunterte und öffentliche Unterstützung versprach, die darüber hinaus mit (zunächst aussichtslosen) Musterprozessen die Diskussion anheizte, indem sie die inneren Widersprüche dieses Staatswesens aufdeckte, eine Organisation zu gründen, die versteckten Einzelkämpfern ein öffentliches Forum bot und eine Phalanx von nicht einfach zur Seite zu drängenden einflussreichen Persönlichkeiten wirkungsvoll versammelte – eine solche Organisation zu gründen, war in diesen durchaus noch finsternen Zeiten ein ermutigendes Zeichen der Auflehnung – und so ist es kein Wunder, daß in kürzester Zeit in zahlreichen Städten Ortsverbände gegründet wurden, Sammelbecken verstreuter Gleichgesinnter, die endlich die Chance sahen, eine lokale Öffentlichkeit zu konstituieren und zugleich ihre regionalen Konflikte wirksam bearbeiten zu können.

Auch an den Universitäten garte es bereits, wenn auch äußerlich alles noch „in Schlips und Kragen“ ablief und von inneruniversitären Konflikten noch wenig zu spüren war. So wurde bereits 1962 die Humanistische Studenten-Union (HSU) gegründet, die bald an allen wichtigen Universitäten vertreten war.

Vom Honoratiorenclub zur Bürgerrechtsbewegung
Es soll hier nicht die Geschichte der HU ausgebreitet werden, ich möchte nur auf ein paar Aspekte aufmerksam machen, wie aus dieser kulturpolitischen Vereinigung, die ihren etwas unklar hochtrabenden Namen durchaus programmatisch trug, eine Bürgerrechtsbewegung werden konnte, denn das war sie damals – zumindestens gemessen an dem, was wir heute unter Bürgerrechten verstehen – durchaus noch nicht. Es ist nicht so, daß die HU einen vollständigen Wechsel ihrer Themen vollzogen hätte, ganz im Gegenteil: erstaunlich viele Themen sind bis heute aktuell geblieben, obwohl die Akzentuierung sich doch etwas verschoben hat. Heute geht die HU nicht mehr von dem alten

Aufklärungspathos aus, sondern von einer konsequenten Position der Verteidigung von Bürgerrechten als einem fundamental wichtigen und unantastbaren Kernbereich in einer eher diffus pluralistischen und zunehmend global bestimmten Gesellschaft. Hoffentlich.

Manches an ihrem Erscheinungsbild hat die HU seit ihrer Gründungsphase beibehalten. Zum Beispiel das Layout, so wie es noch heute ihren Briefkopf ziert. Das ist nicht nur Tradition, sondern symbolisiert auch politische Entscheidungen, eine bestimmte Strategie. Im Briefkopf wird nicht nur eine breite Spalte in Rotdruck geführt, die die Vorstandsmitglieder auflistet, sondern sie enthält auch die Namen eines Beirates, in den immer wieder neue Mitglieder mit ihrem wichtigsten Titel aufgenommen werden. Dieser Beirat hat keine nennenswerte Funktion außer der, „prominent“ zu sein – ohne dieses gewiss fragwürdige Kriterium kommt keiner hinein. Die HU glaubt bis heute, dieser „Fürsprecher mit klingendem Namen“ zu bedürfen, sie vertraut also nicht allein auf die Kraft ihrer Argumente. In der Gründungsphase freilich waren die großen Namen noch Ausweis einer intellektuellen Kraft und der Zusammengehörigkeit: ein Schutzschild nach außen und zugleich ein Bekenntnis, das einschloss, jederzeit für die gemeinsamen Ziele einzustehen. Die auf dem Briefkopf standen waren auch die, die jederzeit für die HU öffentlich eintraten, mit Vorträgen, Gutachten und Stellungnahmen zur Verfügung standen.

Bei allem politischen Engagement – und dazu gehörte auch eine Flexibilität und Schnelligkeit bei der Antwort auf die Tagesereignisse und Zeitungsmeldungen, wie sie heute kaum noch anzutreffen ist – im Grunde war die HU in ihren Anfängen vor allem ein Honoratiorenverein. Ein sehr gut vernetzter obendrein, denn fast alle kannten sich persönlich, viele verbanden lange persönliche Bekanntschaften und Freundschaften. Und die Vorgänge waren bewusst als „kulturpolitische Korrespondenz“ gestaltet, waren also auch für die Mitglieder ein sehr aktuelles Informationsmedium.

Aber der Erfolg wurde auch sehr bald zum Problem. Denn die vielen Ortsverbände, die überall entstanden, dazu die HSU, die ebenso starken Zulauf fand, entwickelten rasch ein Eigenleben mit eigenen Vorständen, eigenen Schwerpunkten der Arbeit, eigenen Vorstellungen über wichtige Themen und so fort. Honoratioren interessieren sich häufig nicht so sehr für Organisationsfragen, sondern pflegen eher ihre informellen Kontakte, in deren Rahmen sich Sachfragen ja auch sehr effizient abstimmen lassen. Aber die neu entstehenden Strukturen der Ortsverbände waren damit nur schwer vereinbar. Gewiss, in München gab es einen Geschäftsführer der HU, der die gesamte Arbeit koordinieren sollte. Aber er agierte nicht sehr glücklich. (Und überdies gab es die Eigentümlichkeit, daß in München therapeutische Verflechtungen zwischen Psychoanalytikern, die im Vorstand saßen, und anderen HU Verantwortlichen,

die ihre Klienten waren, für einen ungun-
Dauerstreit sorgten, von dem selbst der Vorsitzende der HU,
Gerhard Szczesny, nicht verschont blieb. In anderen Ortsverbänden
war man höchst befremdet über das, was davon bekannt
wurde.) So war es nicht verwunderlich, daß unter den
Mitgliedern der HU der Wunsch nach klareren Strukturen laut
wurde, nach festgelegten Verantwortlichkeiten und Verbindlichkeiten
für den Verband. In einer Mitgliederversammlung in
Kassel sollte darüber beraten werden.

Showdown in Kassel

Wer im November 1967 in Kassel dabei war, wird sich nur
mit einem gewissen Schaudern erinnern, denn es kam zu
einer Kraftprobe unterschiedlicher politischer „Kulturen“:
Um Szczesny gruppierten sich jene, die die HU als einen
großen Freundeskreis verstanden, der in dieser Weise auch
seine politischen Anliegen vertreten sollte – eher informell,
bestenfalls mit Mitgliederversammlungen. Auf der anderen
Seite waren diejenigen, die eine straff organisierte HU bevorzugten
und – entsprechend den demokratischen Zielsetzungen
der HU – auch die innerverbandliche Demokratie
forderten, also auch ein Delegiertenwesen. Da es sich in
Kassel um eine Mitgliederversammlung handelte, versuchte
jede Seite möglichst viele Unterstützer mitzubringen. Natürlich
musste erst einmal geprüft werden, ob sie überhaupt
Mitglieder waren. Szczesnys Freunde waren klar in der
Minderheit, von seinen Honoratioren waren die meisten erst
gar nicht erschienen. Die anderen, vor allem der Berliner
Ortsverband, wurden angeleitet von einem Organisationssoziologen,
Walter Girschner, der das ganze taktische Arsenal
von Großverbänden, wie etwa der SPD, studiert hatte und
auch über sämtliche Geschäftsordnungstricks verfügte, wie
man sie im Zusammenhang mit Parteitag kennen lernen
kann. Mit allen Finessen wurde nun für die HU eine neue Satzung
verabschiedet, die mit unwesentlichen Modifikationen
bis heute gilt. Für Szczesny war das gewiss nicht mehr die HU,
wie er sie sich vorgestellt hatte, jedoch muss man zu
seiner Ehre sagen, daß er sich bereit erklärte, als Bundesvorsitzender
weiterzuarbeiten, denn noch war die HUMANISTISCHE
UNION in der Öffentlichkeit vor allem auch mit seinem Namen
identifiziert. Doch sein Rückzug wurde in Kassel eingeleitet,
und es war der großen Integrationskraft Walter Fabians zu verdanken,
der ab 1969 für vier Jahre Bundesvorsitzender wurde,
daß der weitere Rückzug Gerhard Szczesnys aus der HU so
geräuschlos und für den Verband unschädlich verlief.
Szczesnys Stärke bestand vor allem darin, Verbindungen
zwischen heterogenen Persönlichkeiten herzustellen und
sie zum Gespräch über große Themen zusammenzubringen.
Darüber hinaus führte er seinem Freundeskreis auch vermögende
Persönlichkeiten zu, die bereit waren, seine publizistischen
und verlegerischen Unternehmungen zu finanzieren.
Auch die HU profitierte in ihren Anfängen von diesem
auf die Person Szczesnys fixierten Unterstützungssystem.

Wenn man sich die Vielzahl von Themen ansieht, mit denen sich die HU seit ihrer Gründung beschäftigt hat – sie aufzuzählen und auch nur ihre Zielsetzungen anzugeben, würde allein einen umfangreichen chronikalen Beitrag ausmachen – zeigt sich sowohl Konstanz wie auch Veränderung. Beides hängt wesentlich mit der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik zusammen und, in der Rhythmik, mit der Themen in den Vordergrund drängen oder eine Zeit lang wieder in den Hintergrund treten, spiegelt sich auch etwas von der Erfolgsgeschichte der HU.

Das Verhältnis von Kirche und Staat spielte in den ersten Jahren eine beherrschende Rolle in vielen Bereichen der Bildungs- Justiz- und Innenpolitik. In Erwin Fischer, der mit seinem Buch „Die Trennung von Staat und Kirche“ bündig die zentralen Forderungen formuliert hatte, gewann die HU aber auch einen zähen und ausdauernden Juristen, der über Jahrzehnte und auch mit Erfolg versuchte, dieses Thema vor dem Bundesverfassungsgericht durchzufechten. In der Öffentlichkeit verlor dies Thema zwischendurch an Bedeutung, als Streit um Grundrechte ist es bis heute nicht gänzlich ausgestanden. Überhaupt gehört es zu den Veränderungen im Erscheinungsbild der HU, daß anfänglich das öffentliche Wortgefecht, die publizistische Auseinandersetzung einen größeren Stellenwert hatte und die HU dadurch auch stärker und wortmächtiger wahrgenommen wurde. Doch sehr bald gab es eine Verlagerung in Bereiche, die vielleicht zwar erfolgreicher bearbeitet werden konnten, sich aber der Wahrnehmung durch Presse und Medien mehr entzogen. Vor allem der Einfluss auf die Gesetzgebung durch Stellungnahmen, Alternativentwürfe, Formulierungshilfen und Gutachten. Hier ist vor allem die Reform des Strafgesetzbuches zu nennen, die Ende der sechziger Jahre begonnen wurde. Nur ein kleiner Teil davon – etwa die Abschaffung des § 175 StGB (Homosexualität) – fand auch ein größeres Echo in der Öffentlichkeit. Die Verlagerung eines Großteils der Arbeit der HU in den justizpolitischen Sektor hat bis heute angehalten: ihr für die öffentliche Wahrnehmung eher schwieriger Charakter ist bis heute für die HU ein Problem.

In den siebziger Jahren begann in der Bundesrepublik mit dem überraschenden Phänomen des Terrorismus eine verdeckte Staatskrise, die in der grotesk anmutenden Hilflosigkeit begründet lag, selbstbewusst mit den vorhandenen legitimierte Mitteln zu reagieren. Stattdessen wurde mit einer Vielzahl von „Terroristen-Gesetzen“ (neue Straftatbestände, Kontaktsperre, Verteidigereinschränkungen etc.) versucht, einen Erfolg herbeizuzwingen, was im Hinblick auf die Bewältigung des Terrorismus zum Scheitern verurteilt war, sich in den Auswirkungen auf das rechtsstaatliche System jedoch katastrophal auswirkte. (Das einschränkende Gesetze, einmal eingeführt, dann vor allem für ganz andere Zwecke missbraucht werden, ist eine in Deutschland seit der Weimarer Zeit hinreichend bekannte Erfahrung.) Hinzu kam

eine Praxis staatlichen Handelns, die ebenso hilflos wie martialisch war, ineffizient aber einschüchternd. Daß in dieser Ausnahmesituation ein internationales Russel-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD gegründet wurde, war nur eine der Folgen. Es war gewiss eine Bewährungsprobe für die HU, sich an der Arbeit dieses Tribunals allen Einwänden zum Trotz, es handle sich dabei um ein unterwandertes Propagandamanöver, zu beteiligen mit der unbefangenen Selbstgewissheit, sich von niemandem beeinflussen zu lassen und nur nach Maßgabe eigener Erkenntnisse zu urteilen. Durch diese ebenso engagierte wie neutrale Arbeit hat die HU in einer aufgeheizten Situation darüber hinaus sehr zur Versachlichung und Entschärfung der Konfliktlinien beigetragen.

Vermutlich resultiert aus dieser Zeit, den späten siebziger Jahren, auch innerhalb der HU ein deutlicheres Bewusstsein dafür, daß der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit, – von der Forderung nach Trennung von Kirche und Staat, über die Auseinandersetzung über die Notstandsgesetze, Fragen des Post- und Fernmeldegeheimnisses, des Datenschutzes, des Verfassungsschutzes und der Geheimdienste, des Radikalenerlasses, der Formulierung eines Kernbereichs der Demokratie, bis hin zu Einzelfragen des Strafrechts wie etwa der Abschaffung des § 218 StGB, – in erster Linie eine Verteidigung der Bürgerrechte ist. Denn erst seit dieser Zeit tauchte der Begriff der Bürgerrechte in HU-Publikationen häufiger auf und führte schließlich zu der auch in ihrem Werbematerial häufig benutzten Formulierung, daß die HU „die älteste deutsche Bürgerrechtsorganisation“ sei.

Volkmar Braunbehrens

Der Verfasser war von 1967 bis 1971 Mitglied des Bundesvorstands der HUMANISTISCHEN UNION

Der Beitrag wurde leicht gekürzt. Er erscheint ungekürzt unter dem Titel „Aus den Anfängen der HU – Persönliche Erfahrungen“ in der Ausgabe 155 der vorgänge.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/mitteilungen/publikation/aus-den-anfaengen-der-humanistischen-union-1/>

Abgerufen am: 04.08.2024